

Dieses Beiblatt zum „Siebenbürger Wochenblatt“ erscheint jeden Mittwoch und Samstag.

# Der Satellit.

Das Siebenb. Wochenblatt und der Satellit kostet halbjährig 3 fl., mit postfreier Zusendung 3 fl. 30 kr. C.M.

No. 18.

Kronstadt, den 3. März.

1849.

## Siegesnachrichten.

Kronstadt, 2. März. Unser nunmehriger Stadt- und Distriktskommandant, Herr Obrist von Dorsner,\*) hat heute folgende offizielle Nachrichten erhalten und dem hiesigen Publikum durch Plakate mitgetheilt:

„Nachfolgende Eröffnung Sr. Excellenz des Herrn F. J. M. Grafen von Nugent ddo. Esseg am 14. Februar 1849, ist mir so eben zugekommen.

„Mit Beziehung auf meine gestrige Mittheilung Nr. 254/C. R. beehre ich mich, zur geneigten Kenntniß Euer Excellenz zu bringen, daß die Garnison von Esseg bei 4500 Mann, heute Vormittag 9 Uhr, auf dem Glacis der Festung die Waffen abgelegt und sich ihrem legitimen Fürsten unbedingt unterworfen hat.“

„Die Festung nebst allen Vorwerken wurde sofort von Grenzpuppen und dem 3. Bataillon Piret, unter Commando des Herrn Generalmajors Treberzburg, dem ganz vorzüglich die Eroberung dieses wichtigen Platzes zugeschrieben werden muß, besetzt und in gutem Stande gefunden.“

„Da noch keine ganz genaue Erhebungen vorgenommen werden konnten, muß ich mich darauf beschränken, vorläufig zu bemerken, daß sich 614 Geschütze von allen Kalibern, über 2000 Zent. Pulver, 74 Spannungspferde, ein sehr großes Approvisionnement, worunter 400 Schlachtochsen, dann in den verschiedenen Klassen über 34,000 fl. C.M. vorfanden.“

Temesvar am 22. Februar 1849.

Baron Rakovina, Feldmarschall-Lieutenant.“

Wistritz ist durch den aus der Bukowina vorgerückten Herrn Feldmarschall-Lieutenant von Malkowsky genommen worden.

Diesen wichtigen officiellen Nachrichten können wir beifügen, daß Se. Durchlaucht der Hr. Feldmarschall Fürst Windischgrätz dem Corps des FML. Schlick und Schulzig den Befehl erteilt haben soll, alsbald nach Siebenbürgen vorzurücken und daß der FML. Gläser denselben Befehl vor wenigen Tagen erhalten haben soll, sowie er die Gegend bei Brad von den Rebellen gereinigt haben wird, ebenfalls in Siebenbürgen einzubringen und Ruhe und Ordnung herzustellen.

## Depesche

des Herrn Ministerpräsidenten Fürsten von Schwarzenberg an den k. k. Bevollmächtigten Ritter v. Schmerling in Frankfurt, dd. Wien am 4. Februar 1849.

Als im Frühlinge des verfloffenen Jahres das nach engerer politischer Einigung ringende Nationalgefühl der Deutschen in dem Verlangen nach einer zeitgemäßen Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse des Vaterlandes seinen Ausdruck fand, kamen die Fürsten Deutschlands den Wünschen und Bestrebungen ihrer Völker mit Be-

\*) Der Herr Obrist v. Dorsner, ausgezeichnet durch die vielfährigen treuen Dienste, welche er Sr. Majestät dem Kaiser geleistet, hat auch ein nicht genug anzuerkennendes Verdienst um die Stadt Kronstadt und das gesammte Sachsenland, indem nur seinen aufopfernden Bestrebungen es zu verdanken ist, daß die gut bewaffneten Söldner bis vor kurzer Zeit zur guten Sache treu gehalten und sich nicht früher vereint mit den Harmpfchern das Land mit Krieg und Plünderung durchzogen haben. Die Red.

reitwilligkeit entgegen. — Am 30. März beschloß der Bundestag die Wahlen der Nationalvertreter einzuleiten, deren Aufgabe es sein sollte, „zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen.

Die Wahlen fanden statt, unbeirrt und ungehemmt, in voller Freiheit. Bald trat die Nationalversammlung in Frankfurt zusammen und begann das große Unternehmen. — Auf ihre Beratungen und Beschlüsse hat Oestreich nie einen Einfluß zu üben versucht. Der Standpunkt, welchen die kaiserl. Regierung an dem Tage einnahm, an welchem ihr Bevollmächtigter am Bundesstige den eben erwähnten Beschluß unterzeichnete, ist seither unwandelbar derselbe geblieben. Treu der damals durch ganz Deutschland zur Geltung gelangten Ansicht, daß dem Wunsche Deutschlands nach engerer Einigung volle Rechnung zu tragen sei, zugleich aber festhaltend an dem am 30. März in der Bundesversammlung aufgestellten Grundsatz der Vereinbarung zwischen den Fürsten und dem Volke, glaubte die Regierung Sr. Majestät die Ergebnisse der Beratungen der Volksvertreter zu Frankfurt abwarten zu sollen, um im Einklange mit den übrigen deutschen Regierungen das große Werk der Wiedergeburt Deutschlands auf eine nach allen Seiten hin befriedigende Weise zu vollenden.

Die Regierung Sr. Majestät, welche immer fortfuhr, ihre Bundespflichten getreulich zu erfüllen, nahm gleichfalls keinen Anstand, die an die Stelle des Bundestages von der Nationalversammlung geschaffene Centralgewalt anzuerkennen, und dadurch thatsächlich zu bekräftigen, wie bereit sie sei, den durch die gesegneten Vertreter der deutschen Nation ausgesprochenen Wünschen zu entsprechen. Die neue Bundesbehörde wird, mit billiger Rücksicht auf die schwierigen innern Verhältnisse in Oestreich, nicht umhin können zu betheiligen, daß die Regierung Sr. Majestät selbst unter dem äußersten Drange der Ereignisse beflissen war, allen Anforderungen zu genügen, wenn solche nicht das Gebiet der Gesetzgebung berührten.

Aufmerksam verfolgte das kaiserl. Cabinet die Beratungen der Nationalversammlung und gegenüber dem in Deutschland ausgesprochenen Verlangen sich über seine Ansichten zu erklären, mag es nicht den Schein auf sich laden, als wolle es unter der Hülle einer zweideutigen und zurückhaltenden Politik sich verbergen.

Die kaiserl. Regierung theilt im vollen Maße mit den Deutschen Volksstämmen dieß- und jenseits der österreichischen Grenzen das tiefgefühlte Bedürfniß der Wiedergeburt Deutschlands, sie erkennt hiezu mit ihnen, in einem engeren Verbaude der einzelnen Staaten die erste Bedingung. Diesen engeren Verband zu begründen, diese nähere Einigung und Verschlingung herbeizuführen, ist ihrer Ansicht nach, die gemeinsame Aufgabe der Fürsten und Völker Deutschlands. Weit entfernt, sich auszuschließen, ist sie vielmehr bereit zur ernstlichen und aufrichtigen Mitwirkung, vorausgesetzt, daß es sich hier um Einigung, nicht um gänzliche Umschmelzung der bestehenden Verhältnisse handle, um Wahrung der verschiedenen lebenskräftigen organischen Glieder Deutschlands, und nicht um deren Aufhebung und Vernichtung.

Die Gestaltung eines unitarischen Staates erscheint dem kaiserl. Cabinet nicht ausführbar für Oestreich, nicht wünschenswerth für Deutschland. — Nicht ausführbar für uns, denn die österreichische Regierung darf, über der Stellung Oestreichs im Bunde, der ihr gegenüber den nicht deutschen Bestandtheilen der Monarchie zustehenden Rechte und Pflichten nicht vergessen. So wie sie das Band, welches die deutschen und nichtdeutschen Lande Oestreichs seit Jahrhunderten zusammenhält, nicht lösen kann, eben so wenig vermag sie eine einseitige Aufhebung des deutschen Bundesverhältnisses zuzugeben, welches einen wesentlichen Bestandtheil der europäischen Verträge bildet. Aber ein solcher einheitlicher Staat erscheint uns auch nicht wünschenswerth für Deutschland, denn er würde nicht nur die mannigfach gestalteten Bedürfnisse, die nächsten moralischen und materiellen Interessen, die Ueberlieferungen der Vergangenheit und die

Ansprüche an die Zukunft auf das Vielfältigste und Tiefste verlegen, sondern auch der mit Sehnsucht herbeigewünschten und mit Eifersucht bewachten Entwicklung der staatlichen und persönlichen Freiheit der Deutschen hemmend in den Weg treten.

Man wende dagegen nicht ein, daß ein solcher einheitlicher Staat nicht beabsichtigt werde, daß es sich ja um einen Bundesstaat handle. Wir können jene Behauptung und diese Benennung gleichwenig gelten lassen.

Die Majorität der Nationalversammlung hat sich entschieden für das Programm des Herrn Ministers von Gagern. Dieses Programm, sollte es verwirklicht werden können, würde den sogenannten engern Bundesstaat, d. h. jenen von uns eben angedeuteten einheitlichen Staat begründen, gleichviel, ob der Schwerpunkt in Frankfurt bliebe, oder nach einem andern Theile Deutschlands verlegt würde.

Von welchem Standpunkte auch ein solches Unternehmen betrachtet wird, es zeigt nach allen Seiten große, zum Theile unüberwindliche Schwierigkeiten. Für Deutschland — weil, wenn wir nicht sehr irren, den einzelnen Gliedmassen der Geschichte und den Bedürfnissen der Gegenwart entgegen, jedes selbstständige Leben entzogen und nach einem künstlich geschaffenen Brennpunkte übertragen würde; — für Oesterreich, weil es uns entweder aus dem neuen Deutschland gänzlich ausschließen, oder den Verband zwischen den deutschen Erblanden und den nichtdeutschen Bestandtheilen lösen, d. h. faktisch die §§. 2 und 3 des Verfassungsabschnittes über das Reich ins Leben rufen würde. Man erinnert sich, daß letztere in ganz Oesterreich, einschließlich der deutschen Lande mit einem Schrei des Unwillens abgenommen, und in der Paulskirche selbst von vielen österreichischen Rednern, und besonders von dem jetzigen Ministerpräsidenten in der 103. Sitzung die gegen jene §§. sprechenden Gründe und Bedenken hervorgehoben wurden. Also Ausschließung der deutschen Lande Oesterreichs, mit andern Worten Verfümmelung Deutschlands, oder aber Lösung der so innig verbundenen und untereinander verwachsenen Bestandtheile Oesterreichs, welche fortan nur mehr der dünne Faden der Personalunion zusammenhalten sollen.

Dies sind die beiden Endpunkte, zu welchen die Begründung des sogenannten Bundesstaates, der eben alles andere eher als ein Bundesstaat ist, Deutschland und Oesterreich mit folgerichtiger Nothwendigkeit führen müßte.

Die Pflicht der Selbsterhaltung als Deutsche nicht mißler denn als Oesterreicher bestimmt uns in gleicher Weise solche Bestimmungen abzulehnen. Wir wiederholen es, Oesterreich und Deutschland würden hiedurch in ihrer Entwicklung nicht gefördert, sondern gehemmt, nach Außen nicht gestärkt, sondern geschwächt und bloßgestellt, in ihrem innern staatlichen Leben tief, vielleicht unheilbar verwundet; denn — wie wir an einem andern Orte zu äußern veranlaßt waren, — nicht in dem Zerreißen der österreichischen Monarchie liegt die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands. — Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfnis.

Von der Ansicht durchdrungen, daß zwischen den so vielfach verschlungenen, wenn auch manchmal scheinbar divergirenden Interessen der deutschen und nichtdeutschen Theile der Monarchie einerseits, und andererseits dieser und des übrigen Deutschlands ein innerer Widerspruch nicht obwaltet, verkennt die Regierung zwar keineswegs die Schwierigkeit einer innigeren Vereinigung, aber sie zweifelt nicht, will man nur unbefangen und ohne Nebenabsicht das Werk vollbringen, an einer glücklichen Lösung der großen Aufgabe.

Der kaiserlichen Regierung schwebt ein nach Außen festes und mächtiges, im Innern starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland vor.

Wir gehen hiebei von der Ansicht aus, daß je schärfer die Scheidelinie gezogen wird zwischen den dem gesammten Deutschland gemeinsamen Interessen und denen der einzelnen Theile, je sicherer wird einem Vorkalten der Sonderinteressen vorgebeugt, je weiter die Grenzmarken der großen Reiches ausgedehnt. Auf dem betretenen Wege würde man, statt zur Einheit Deutschlands, zunächst zur Nothwendigkeit gelangen, Oesterreich, die erste deutsche Macht, auszuschließen, und die künftigen Beziehungen zu uns, denen zu den Niederlanden und Dänemark gleichzustellen. Auf der von der kaiserlichen Regierung in Aussicht zu stellenden Grundlage, finden alle deutschen Staaten und alle außerdeutschen Landesheile Platz. Nicht eine gegenseitige Beeinträchtigung, nicht einen Nagenkampf befürchtet die kaiserliche Regierung, als die Wirkung der nähern Verührung zwischen Deutschland und Oesterreich nichtdeutschen Provinzen. Viel-

mehr erkennt sie hierin nach beiden Seiten hin eine Quelle unermesslicher Vortheile. Allerdings stehen der Ausführung dieses Gedankens große, aber wie uns scheint, nicht unüberwindliche Hindernisse entgegen. Ein stufenweiser Gang, der beginnt mit dem aufrichtigen Willen sich anzunähern und allmählig übergeht zum wirklichen engen Verbande, gehört nicht in das Reich der Träume.

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß ein wirklich einiges Deutschland nur geschaffen werden kann, wenn Oesterreich und Preußen bei dem Baue Hand in Hand gehen, war unsre erste und vornehmste Sorge, nach Berlin unsre Ansichten mitzutheilen. Wir gingen hiebei mit voller Aufrichtigkeit und ohne die Absicht voran, Oesterreich an der Leitung der deutschen Angelegenheiten einen größern Antheil zuzuwenden, als ihm seine Stellung als erste deutsche und als europäische Großmacht thatsächlich und vertragsmäßig bisher gesichert hat. Zugleich wurde vorgeschlagen, das Werk der Vereinbarung in Frankfurt gemeinsam mit den Fürsten, und zwar zunächst mit den Königen Deutschlands zu beginnen.

Die beabsichtigte vorläufige Verständigung mit der königl. preussischen Regierung konnte jedoch nicht in vollem Maße erzielt werden; wir betreten daher, statt wie wir gewünscht hätten, in Gemeinschaft mit Preußen, allein den Weg der Vereinbarung mit Frankfurt.

Se. Majestät der Kaiser und Allerhöchstdessen Regierung begleiten die der Erstarkung und Einigung Deutschlands gewidmeten Bestrebungen mit ihren aufrichtigen Wünschen. Sie sind hierbei zur Mitwirkung bereit, so weit es die eigenthümlichen Verhältnisse der Monarchie gestatten. Sie hoffen und wünschen, daß die heutige Eröffnung in und außerhalb der Paulskirche günstige Aufnahme finden und jedenfalls die Aufrichtigkeit und die Bereitwilligkeit Oesterreichs in vollem Maße gewürdigt werde.

Gerne geben wir uns der Erwartung hin, daß der Weg der Verständigung nicht abgeschnitten werde durch die jüngsten Beschlüsse der Versammlung, durch jene unter dem Eindrucke erfolgten Abstimmungen, daß es sich eigentlich um mehr und um anderes handle, als die zur Schlussfassung vorgelegten Anträge mit Worten aussprachen. Gerne erwarten wir, daß wenn die von der Versammlung zu beschließende Verfassung den deutschen Regierungen zur Vereinbarung vorliegen wird, eine nach allen Seiten hin befriedigende Verständigung erzielt werden könne. Welche Phasen aber auch das Vereinbarungswerk noch durchlaufen sollte, eines steht hierorts fest, daß Se. Majestät der Kaiser und Allerhöchstdessen Regierung in der Begründung eines einheitlichen Centralstaates den Keim unheilvoller Spaltungen erkennen müßten, — den Anlaß zur Zerplitterung und nicht zur Einigung Deutschlands. Gegen eine Unterordnung Sr. Majestät des Kaisers unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt, verwahren sich Se. Majestät der Kaiser und Allerhöchstdessen Regierung auf das Heiligste. — Sie sind dies sich, sie sind es Oesterreich, sind es Deutschland schuldig.

E. H. werden beauftragt gegenwärtige Depesche dem Herrn Ministerpräsidenten von Gagern mit der Bitte mitzutheilen, dieselbe der Nationalversammlung vorlegen zu wollen.

Empfangen zc. zc.

## Heerwesen.

Keine Frage, heißt es in Menzels Literaturblatt, wo das Werk von Pz: „Die deutsche Nationalbewaffnung. Als Beitrag zur Lösung einer der wichtigsten Fragen in den Reformbestrebungen Deutschlands. Stuttgart und Tübingen, J. G. Cottascher Verlag, 1848“ besprochen wird, ist wichtiger, als die hier bezeichnete, denn man mag alle andern politischen Fragen beantwortet haben; wenn die bewaffnete Macht fehlt, um den Beschlüssen Nachdruck zu geben, so steht eben alles wieder auf's Neue in Frage. Zuletzt entscheiden doch immer nur die Waffen.

Man hat sich seit geraumer Zeit gewöhnt, die stehenden Heere zu schelten, einmal weil sie in einer langen Friedenszeit unermessliche Summen gekostet und verhältnißmäßig wenig geleistet haben, sodann weil man sie als Mittel der Reaktion ansah. Man hat daher auf Einschränkung, einige haben sogar auf gänzliche Abschaffung der stehenden Heere gedrungen und dagegen das in Nordamerika und der Schweiz eingeführte System der Volksbewaffnung empfohlen, was in den Friedenszeiten unendlich weniger koste, in Zeiten der Gefahr aber eine allgemeine Erhebung des Volkes bedinge, deren numerisches und moralisches Uebergewicht alle stehenden Heere erdrücke.

Gegen diese Ansichten tritt die hier zu besprechende Schrift mit

größter  
uns ge  
für mö  
große  
alter t  
fer, die  
Mobe  
worin  
Alle h  
gelte,  
Schwä  
im Na  
hat ga  
mirt,  
über d  
hinreich  
reich z  
hunder  
publik  
sehlich  
und un  
russisch  
auswä  
Heere  
Despo  
die un  
Begin  
beim  
verjag  
fische  
diplom  
gung,  
dieses  
das ge  
was  
Haufe  
tätisch  
Es ist  
merkt  
und 1  
hatte  
der D  
Niemo  
terlan  
den  
entipr  
ehrlich  
sen  
nicht  
des D  
Im  
sechs  
nicht  
kann  
schaffe  
Taufe  
Theo  
eine  
thust  
sprün  
mitge  
ten  
viel  
der  
Fürst  
vollst  
Weda  
Nevo  
gegen  
Notz  
zum  
Die  
mach

größter Entschiedenheit auf und warnt desfalls vor Täuschungen, die uns gefährlich werden könnten.

Vor Allem beseitigt sie den Wahn, der den ewigen Frieden für möglich, ja wohl gar für nahe bevorstehend hält. Noch jede große Revolution hatte ihre Optimisten, die von einem goldenen Zeitalter träumten, das da kommen sollte. Die Hussiten, die Wiedertäufer, die englischen Millenarier glaubten das tausendjährige Reich nahe. Robespierre und seine Anhänger glaubten an eine Tugendrepublik, worin der Pflug gänzlich an die Stelle des Schwertes treten sollte. Alle hofften, wenn es auch noch einen letzten entscheidenden Kampf gelte, jenseits desselben werde der ewige Friede nicht fehlen. Dieselbe Schwärmerei hat sich in unsern Tagen wiederholt, sie hat sich sogar im Namen ganzer Nationen geltend zu machen versucht. Lamartine hat gar schon von einem allgemeinen Fraternalisieren der Völker deklamiert, und der deutsche Michel hat nicht verfehlt, die Bruderhand über den Rhein hinüberzustrecken, der festen Ueberzeugung, daß dies hinreichen werde, die hundert neu organisirte Bataillone in Frankreich zu entwaffnen. Aber Lamartine regiert nicht mehr und die hundert Bataillone sind mit Nichten entwaffnet. Die französische Republik begnügt sich nicht mit Nationalgarden, sie hat ein sehr ansehnliches, sehr gut organisirtes und disciplinirtes stehendes Heer, und unterscheidet sich in dieser Beziehung ganz und gar nicht von der russischen Autokratie. Zum Beweise, daß die innere Politik an den auswärtigen Verhältnissen nichts ändert, und daß man die stehenden Heere unter allen Umständen braucht, in der Demokratie wie in der Despotie.

Die Franzosen haben ihre Erfahrung gemacht, wir noch nicht die unsere. Aber warum sollten wir nicht von ihnen lernen? Im Beginn ihrer Revolution lösten sich die Bande der Ordnung auch beim Heere auf; fast alle adeligen Offiziere emigrierten oder wurden verjagt, die Gemeinen fraternisirten mit den Jakobinern. Das preussische Heer, das in die Champagne einfiel, wurde bekanntlich hinaus diplomatisirt und nöthigte die Franzosen zu keiner großen Anstrengung. Anders das österreichische Heer in den Niederlanden. Durch dieses erlitten die Franzosen empfindliche Verluste. Nun erhob sich das ganze Volk, eine Million Männer traten unter die Waffen. Aber was war damit ausgerichtet? Bekanntlich unterlagen diese rohen Haufen in allen Schlachten, bis erst nach und nach eine streng militärische Disciplin den Sieg wieder an die französischen Fahnen brachte. Es ist sehr wahr, was der Verfasser in dieser Beziehung S. 9 bemerkt: „Die französische Revolutionsarmee in den Jahren 1793 und 1794 geben uns hierüber sehr wichtige Lehren. Die Revolution hatte durch Verkündigung von „Freiheit und Gleichheit“ alle Bande der Ordnung und des Gehorsams aufgelöst. Jeder wollte befehlen, Niemand gehorchen. Hunderttausende, von Freiheitsgefühlen und Vaterlandsliebe entflammt, strömten zu den Fahnen; folgt man aber den Bewegungen Schritt für Schritt, so fragt man vergeblich nach entsprechenden Erfolgen. Die einsichtsvollsten Oberbefehlshaber waren ehrlich genug zu erklären, daß mit so schlecht organisirten Streitmassen keine Schlachten geliefert werden könnten, wollte man dabei nicht Alles auf das Spiel setzen. Man klagte sich der Unfähigkeit, des Mangels an Energie an und stellte andere Männer an die Spitze. Im Feldzuge 1793 hatte die französische Rheinarmee nach einander sechs Obergenerale, die Moselarmee eben so viel und die Nordarmee nicht weniger. Aber es ging deshalb nicht besser, denn der Mensch kann das Gegebene nur nach Maßgabe seiner augenblicklichen Beschaffenheit benutzen, nicht aber sogleich nach Gefallen ändern. Viele Tausende der ausgezeichnetsten Männer und Jünglinge mußten einer Theorie zum Opfer fallen, welche dem Enthusiasmus der Kämpfer eine unwiderstehliche Gewalt zuschrieb, nicht bedenkend, daß der Enthusiasmus schon seiner Natur nach wenig Dauer hat, daß der ursprüngliche Ueberfluß daran nicht im Tornister oder in der Feldflasche mitgenommen werden kann, daß, aber die Ausdauer im Kriege, mitten unter Entbehrungen, Beschwerden und Gefahren aller Art, noch viel wichtiger ist als persönliche Tapferkeit und geschickte Führung der Streiter. Noch mehr Tausende fielen als Opfer mangelhafter Fürsorge, weil diesen improvisirten Armeen Alles abging, was zur vollständigen Kriegsrüstung gehört.“ Wer kennt nicht die innige Wechselwirkung der Siege und der Disciplin in den französischen Revolutionsarmeen? Demokratische Clubbs im Lager, Ungehorsam gegen die Offiziere und Niederlagen waren unvertrennlich. Erst in Noth und Gefahr fügte man sich, der militärische Gehorsam führte zum Siege und mit jedem Siege wurde der Gehorsam strenger. Die Franzosen handeln sehr klug, daß sie ihre zweite Revolution machen, ohne das stehende Heer und seine Disciplin aufzulösen, ja

es ist der glänzendste Beweis ihrer gereiften politischen Bildung, daß sie schon nach wenig Monaten einen tüchtigen Soldaten an ihre Spitze gestellt haben \*) Sie bedürfen desselben nicht bloß nach innen, um Ordnung und Kredit zu handhaben, sondern auch nach außen. Wer kann wissen, was aus der großen Gährung in Deutschland noch hervorgeht? welcher Anspannung unserer Kräfte, welcher kühnen Ansprüche wir fähig wären? Frankreich hat alle Ursache, vor den Schwärmen im deutschen Bienenstock auf der Hut und bis an die Zähne gerüstet, auf alles vorbereitet zu sein. So wie ihm auch im Fall wir der großen Erhebung nicht fähig wären und in des Auflehnen Aller gegen Alle wie im dreißigjährigen Kriege zurückfielen, die schöne Beute des linken Rheinufers immer lockend vor den Augen und seine Krallen geschärft und gespannt bleiben müssen.

Wenn nun Frankreich, obgleich vollkommen demokratisch, doch sein stehendes Heer, beibehält, ja vermehrt und andererseits Rußland das seinige, und wir zugleich mit Dänemark und Italien im Kriege liegen und der Slaven kaum Meister geworden sind, ist da wohl die Zeit gekommen, unsere stehenden Truppen zu entlassen und uns einzig und allein mit städtischen Bürgergarden und Landsturm zu begnügen? Es ist wahr, die Schweizer Milizen haben im vorigen Jahre gesiegt, aber nur wieder über Milizen. Wären sie wohl im Stande gewesen, zehn algierische Regimenter über den Haufen zu werfen? Es ist wahr, die Amerikaner haben in ihren Freiheitskriegen gesiegt, aber mit Recht sagt der Verfasser S. 11: „Die Berufung auf die Milizen in Nordamerika hat eben so wenig praktische Geltung. Schon Washington führte wiederholte Klagen über den gänzlichen Mangel an Disciplin und Zuverlässigkeit seiner Kriegerhaaren, und spricht einem Milizheere alle kriegerische Tüchtigkeit ab. Daß die wenig zahlreichen englischen und deutschen Truppen damals überwunden wurden, kann nicht als Gegenbeweis angeführt werden, denn auf das Endresultat eines Krieges wirken noch andere Faktoren ein, als die Kugeln von einigen tausend guten Büchenschützen; auch wolle man nicht vergessen, daß die Nordamerikaner in ihrem Unabhängigkeitskriege von den Franzosen kräftig unterstützt wurden. Der gegenwärtige Krieg gegen Mexiko hat die Blößen des dortigen Milizsystems aufs Neue an das Tageslicht gezogen. Den deutlichsten Beweis von der gänzlichen Unzugänglichkeit einer solchen Volksbewaffnung, welche den Staatskassen zwar sehr wenig kostet, den einzelnen Milizen aber sehr beträchtlichen Aufwand verursacht, liefert den Umstand, daß die Regierung fortwährend genöthigt ist, neue Regimenter ständiger Truppen zu errichten, die allem Anscheine nach den Grund zu einem stehenden Heere legen werden. Man denke sich übrigens an die Stelle der bekanntlich sehr wenig tapfern Mexikaner ein deutsches, französisches, oder russisches Heer, und der Erfolg dürfte nicht lange zweifelhaft bleiben.“

(Schluß folgt.)

## I d e e n

zu einer Bundesverfassung für die österreich. Monarchie

(Widerlegung der Einwürfe.)

(Schluß.)

Die Magyaren sind besiegt.

Noch mehr. Sie sind in ganzen Landestheilen aufgerieben. Das Größte ist: der Nimbus, der ihre Klugheit, ihre Tapferkeit, ihre Macht umschwebte, ist gefallen.

Eine besiegte, gestürzte Partei setzt der Sieger nicht in die alte himmelschreiend mißbrauchte Oberherrlichkeit ein. Dem gezüchtigten Aufstand benimmt die Regierung den Stachel zu neuem Beginnen. Die Zugeständnisse aus dem März an die Magyaren sind durch den sinnlosesten Aufstand gegen die Krone verwirkt. Das bewaffnete Volk, die bluttriefende Armee rufen ihren schlachtengeträgten Protest gegen jene Zugeständnisse; und nur wer noch immer nicht zur Besinnung kommt, daß er sehe, was geschehen ist, was er selbst verschuldet hat, kann noch glauben, es könne eine Rede sein von den unglückseligen Märzgesetzen der Magyaren, das traurige Nachwerk ihres Versäunders und Verderbers Kossuth.

Eine weitere Einwendung der Magyaren gegen die einige Monarchie ist noch: daß ein allgemeiner Reichstag, auf dem alle Völker der Monarchie vertreten sind, ein Monstrum, eine Unmöglichkeit sein

\*) Seit dieses geschrieben, wurde Cavaignac durch L. Bonaparte ersetzt. (S)

werde. Wir müssen fragen warum? Inwiefern ein gesondeter Reichstag des bisherigen Ungarns samt Nebenländern, mit einem eigenen Ministerium in Pesth mehr möglich und minder monströs sei, zeigen die Ereignisse, zeigt die Stimmung bei der Majorität des Landes, die freilich keine magyarische ist. Was dagegen die Völker der Monarchie in ihrer Majorität wünschen, was in ihrem gemeinsamen Interesse liegt, ist doch stets möglich und passend, wenn es auch dem polnischen, magyarischen und italienischen Adel noch so wunderlich dünken sollte. Der allgemeine Reichstag wird zu Stande kommen. — Scheint ihnen die Sprache die Schwierigkeit zu sein, in welcher dieser aus bunten Elementen zusammengesetzte Reichstag seine Geschäfte zu führen hat? Ja, wenn man aus der Nothwendigkeit, eine Verständigungssprache zu haben, die krasen Konsequenzen ziehen wollte, wie die Magyaren es in ihren unseligen Bemühungen für ihre Sprache gethan haben, so müßte hieraus allerdings die Quelle der Entzweiung und Anfeindung unter den bundesbereiten Völkern sich öffnen. Aber wir wollen uns mit Vermeidung jenes Fehlers betreff der nothwendigen Verständigungssprache leicht einigen, indem wir die Sprache wählen, die das Eigenthum jedes Gebildeten in der Monarchie ist, ja noch auf lange Zeit hin der Träger der geistigen Kultur im Osten des Welttheiles sein wird. Doch auch sie soll bloß die Verständigungssprache sein, nicht mehr. Ein Element der Vereinigung, nicht der Verschmelzung. Und gerade für die Magyaren wird ein so gestalteter theilweiser Verkehr in der deutschen Sprache keine schwere Aufgabe und kein Opfer sein; erstens weil sie ihre Bildung dieser Sprache verdanken, ihrer auch mächtig sind, oft in höherm Grade, als ihrer Muttersprache, der magyarischen; \*) und zweitens weil der deutschen Verständigungssprache wegen an die Magyaren, wie an die übrigen Völker, keine weitere Forderung gemacht und daraus von keinem Theile die Gelegenheit genommen wird, einer der Muttersprachen zu nahe zu treten, oder diese in innern Nationalangelegenheiten nicht möglichst ausgedehnt gebrauchen und sich ausbilden zu lassen. — Oder liegt die Schwierigkeit eines allgemeinen Reichstages darin, daß es gefährlich sein müßte, über so verschiedene Interessen und Angelegenheiten, wie sie in der Monarchie bei so verschiedenartiger Lage und Bildung und bei den Bedürfnissen der vielerlei Völker vorkommen, durch Beschlüsse von Majoritäten in gemeinsamem Rathe zu entscheiden, während diese Stimmenmajoritäten bei den bisher bestandenen Scheidewänden und der natürlichen Entfernung und Unbekanntheit der Völker öfter zu diesen Beschlüssen nicht geeignet sein, ja durch Verkehrtheit verderblich sein könnten. Diese Besorgniß könnte begründet sein, wenn wir in den natürlichen Rechten der Landtage jeder einzelnen Nation nicht das Gegengewicht gegen ein mögliches Uebergreifen des Zentrums zu schaffen vermöchten und im Centrum selbst nicht die das allgemeine mit dem besondern Interesse vermittelnde Mitberathung des nach Nationen auftretenden Nationencongresses besitzen könnten. — In den vorausgegangenen Auseinandersetzungen ist ersichtlich geworden, wie eine Gliederung und Zusammenfassung des großen gemischten österreichischen Staates in der Art wohl möglich sei, daß keinem gerechten Sonderinteresse, welches, indem es den Bedürfnissen des Theiles entspricht, auch zur Hebung des Ganzen dient, ein schädlicher Abbruch geschehen könne. Doch läßt sich dieses Ziel allerdings nur so erreichen, wenn man den Bau der Gesetzgebung und Verwaltung dieses großen Staates mit Anerkennung der verschiedenen Volks- und Landesinteressen vollführt und nicht nach magyarischem Muster die schwierige Aufgabe zu lösen glaubt, indem man, auf einen Boden faustrechtlichen Ursprungs fußend, die verschiedenen Interessen einem einzigen Interesse gewaltsam unterthänig macht und in einer maßlosen Centralisation die Keime des vielgestaltigen Völkerlebens ertödtet. Vor diesem politischen Fehler wollen wir uns zu hüten wissen. Er hat denen, die ihn in Ungarn begingen, — daß es zum warnenden Beispiel diene — glühende Kohlen auf die Häupter gesammelt.

Ich wende mich, nachdem ich in den vorausgegangenen Aufsätzen meine Gedanken in den allgemeinen und allgemeinsten Grundrissen dieser Bundesverhältnisse der Monarchie eröffnet und vertheidigt habe, zu den engeren Beziehungen Siebenbürgens, wie sie in einem österreichischen Bundesstaat sich gestalten würden.

\*) Ich erinnere an den gewesenen Ministerpräsidenten Grafen Ludwig Batthányi, der magyarisch mittelmäßig, deutsch aber vollkommen gut spricht; wie andere Magnaten mehr.

### Allerlei Neuigkeiten.

Das neue österreichische Anlehen von 40 bis 60 Millionen Gulden CM. hat Sina, Rothschild und Stiglitz zusammen übernommen.

Vom Fürst Windischgrätz erzählt man sich hier folgende Anekdote: Es wurde dem Marschall eine Liste junger Leute zur Besetzung erledigter Offiziersstellen vorgelegt. Darunter befanden sich mehrere, bei welchen bemerkt war, daß sie von Personen höhern Ranges besonders anempfohlen wurden. Der Fürst aber deutete auf diejenigen, bei welchen diese Bemerkung fehlte, und sagte: „Da es diesen an Beschüßer fehlt, so will ich es sein; sie sollen den Vorzug haben.“

Das neue Reichsgesetz über die Taggelber der Deputirten am Frankfurter Reichstag besteht nur aus einem Satz welcher besagt, daß jedes Mitglied beider Häuser 7 fl. rheinisch (5 fl. 50 kr. CM.) täglich und als Reiseentschädigung für die Meile 1 fl. erhalten soll. Damit läßt es sich auskommen.

Ueber die Gefährlichkeit der Clubs in Frankreich enthält der Gal. Mess. einige bemerkenswerthe Stellen. Es gibt dieser ewig glühenden Herde des Aufruhrs in Lyon 132; in Paris ist die Zahl ebenfalls ungeheuer und die darin gehaltenen Reden übersteigen allen Glauben. Im Club Boulevard du Temple fragte ein Redner den Vetter des Präsidenten, Lucian Murat, ob er einwilligen würde, seinem Vetter einen Dolch in's Herz zu stoßen, falls dieser sich zum Kaiser ausrufen sollte. Er antwortete: „Das ist ja ein Mord, den man mir vorschlägt.“ Darauf erwiderte der Clubredner: „Wie? wollen Sie behaupten, daß Charlotte Corday, oder der, welcher den Grafen Rossi tödtete (eine schöne Zusammenstellung) Mörder waren?“

Der Bau des neuen Kremls in Moskau, der nach der eigenen Idee des Kaisers ausgeführt wird, ist beinahe vollendet. Die Moskauerische Btz. sagt über ihn: der neue kaiserliche Kreml ist beinahe fertig. Die vergoldeten Kuppeln und der goldene Kamm des ganzen Dachs erglänzen schon im Sonnenlicht, und erinnern, an die goldspiegeligen Paläste der alten russischen Großfürsten. Im Ordenssaal des heiligen Georg sieht man bereits den Heiligen zu Pferd mit dem Lindwurm streiten. Ahtzehn Standbilder, die Unterwerfung von Gegenden die jetzt zu Rußland gehören, darstellend, stehen in voller Rüstung da, mit Schilden auf welchen die Epoche angegeben ist. Der Andreas- oder Thronsaal ist mit prächtigen vergoldeten Reliefs geschmückt; der Alexanderaal aus rosenrothem Marmor ist mit den schönsten architektonischen Ornamenten verziert, welche die Spiegelwand im Grunde zurückstrahlt. Es ist schwer mit Worten die außerordentliche Größe der Säle, das geschmackvolle der Arbeit und alle Einzelheiten des Palastes würdig zu beschreiben.

Ueber die letzte unruhige Bewegung in Paris wird der Allg. Btz. unter dem 3. Februar geschrieben: „Alles ist hier wieder ruhig, doch schaudert das Publikum bei dem Gedanken an die Gefahr der es letzten Montag ausgehelt war. Ein Punkt besonders in dem Program des beabsichtigten Aufstandes setzt die Pariser in Schrecken, der nämlich wodurch den Aufständischen anbefohlen ward keine Barrikaden zu bauen, sondern unter der Androhung augenblicklicher Niederwerfung im Fall des Widerstands in die Häuser zu stürzen, alle männlichen Einwohner hinauszutreiben und sie zu zwingen gemeinschaftliche Sache mit ihnen zu machen. Diese Unglücklichen sollten dann in die vordersten Reihen gestellt und dem Feuer der Truppen zunächst ausgehelt werden. Dieß wird seiner Gräßlichkeit wegen lächerlich erscheinen; allein dennoch ist es wahr. (?)“

### Neuestes.

(Kronstadt, 3. März.) Soeben als wir unsern Satelliten zur Presse befördern, hat sich hier die angenehme Nachricht verbreitet, daß Mediach von unsern tapferen kaiserlichen Truppen genommen und die Rebellen aus dieser treuen aber unglücklichen Sachsenstadt verjagt worden wären. Der Nachricht von der Verjagung des Feindes aus Schäßburg sehen wir jede Stunde entgegen.

In Rothbach im Kronstädter Distrikt war heute gegen Tag eine starke Feuersbrunst. Nähere Nachrichten über das Brandunglück sind noch nicht eingetroffen.